



EU-Parlamentarier Murphy fordert dritte Intifada



Der Europa-Abgeordnete Paul Murphy (kl. Foto) von der irischen Socialist Party CWI spricht sich für eine dritte palästinensische Intifada aus, um „das kapitalistische Gebilde Israel zu stürzen“. Murphy ist bekennender Israelgegner, Pro-Palästinenser-Aktivist und für seine militante Haltung gegenüber Israel bekannt. Schon 2011 machte er in dieser Hinsicht auf sich aufmerksam.

(Von L.S.Gabriel)

[Murphy](#) war einer jener Akteure, die 2011 versucht hatten, mit zwei von der Türkei aus gestarteten Booten die israelische Seeblockade zu durchbrechen. Er und 20 weitere Aktivisten der „Flottille“ waren daraufhin festgenommen worden. Die israelische Vertretung in Brüssel warf Murphy damals vor, sich einer „politischen Provokation“ schuldig gemacht zu haben, indem er versucht habe, „eine legale Seeblockade zu

durchbrechen“. Und obwohl die EU die Maßnahme einer „Flottille“ ablehnt, intervenierte EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek, worauf der linke Israelgegner schließlich freigelassen und nach Irland abgeschoben wurde.

Wie die [Jerusalem Post](#) berichtet, gab Murphy vergangene Woche dem russischen Fernsehsender RT ein Interview, in dem er kein Blatt vor den Mund nahm:

„Es gibt unter den Palästinensern eine bedeutende Protestbewegung und sie haben das Potential, wieder eine kämpferische Auseinandersetzung nach dem Vorbild der ersten Intifada zu entwickeln. Diese Dinge sind absolut notwendig!“ Solch eine Bewegung könnte sich mit der echten israelischen Linken und mit Menschen verbinden, die nicht „von der Unterdrückung der Palästinenser profitieren“. Und weiter: „Die revolutionären Wellen der Region können einen wirklichen Einfluss auf den Kampf des palästinensischen Volkes haben. Die Massenbewegungen – besonders der Aufstand in Ägypten, einem der Gefängniswärter von Gaza – es geht um die Frage nach konkreten Maßnahmen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes. Sie könnten eine neue Intifada, basierend auf dem Massenwiderstand erwecken, nicht mit diplomatischen Manövern. Das ist der Schlüssel im Kampf zur echten Befreiung.“

Der britische Europa-Abgeordnete Charles [Tannok allerdings verurteilte Murphy](#) scharf:

„Paul Murphy ist bekannt für seine extremen militanten Ansichten in solchen Angelegenheiten und hat regelmäßig meine Ansichten über Israel in Plenarsitzungen angegriffen.“ Ein solcher Aufstand sei weder gerechtfertigt noch hilfreich für den Friedensprozess.

Die ebenfalls britische Abgeordnete Sarah Ludford sagte:

„Abgesehen davon, dass es grob unverantwortlich ist, kommt diese Provokation spektakulär unpassend, angesichts der Aussichten auf eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.“ Aufwieglerische Reden seien „das Letzte, was gebraucht wird“. Jeder, der Israel und den Palästinensern wohlgesinnt sei, setze sich dafür ein, dass Verhandlungen Erfolg hätten und nicht die Gewalt.

Ob ein paar Gegenstimmen für Israel hoffen lassen können, ist fraglich. Solange die EU Israels [Siedungspolitik als „illegal“](#) brandmarkt und auch seitens der UNO hemmungslos gegen Israel agitiert werden darf, wie man das bei der unseligen Veranstaltung „5th Global Forum – UN Alliance of Civilizations“ ([PI berichtete](#)), heuer in Wien miterleben konnte, ist Israel weitgehendst auf sich allein gestellt. Leider.

» info@paulmurphymep.eu



Ägypten: Haftbefehl gegen Mohammed Mursi



In den letzten Wochen haben Bundesaußenminister Westerwelle wie auch die EU-Außenbeauftragte Lady Ashton die Freilassung des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi gefordert (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)). Heute wurde [Haftbefehl gegen den Muslim-Bruder Mursi](#) erlassen, der damit formell in Untersuchungshaft sitzt. Die ägyptische Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, sich mit der Terror-Organisation Hamas zur „[Ausführung feindlicher Akte](#)“ in Ägypten abgesprochen zu haben. Die Hamas ist eine Abspaltung der Muslim-Bruderschaft und herrscht seit 2006 im benachbarten Gaza-Streifen. (ph)



Andere Meinungen: NDR-Redaktion in Panik



Die NDR-Reporterin Katharina Buss (Foto) ist in Panik. Unter einem der vielen

Artikel auf der NDR-Homepage, die den Feminismus über den grünen Klee loben, fanden sich überdurchschnittlich viele kritische Kommentare. Selbstredend wurden diese umgehend durch die roten Meinungswächter gelöscht. Die „Kulturwissenschaftlerin“ Buss scheint durch den Kontakt mit Andersdenkenden gleichwohl schwer aus dem psychischen Gleichgewicht geraten zu sein. In einem langen Artikel heult sie sich ausführlich über die bösen „Antifeministen“ aus – und zeigt, was für harmlose Kommentare beim steuermittelfinanzierten Staatsfunk einfach so wegzensiert werden.

Buss [schreibt](#):

Die Kommentar-Funktion bei Online-Artikeln ist aus dem Internet längst nicht mehr wegzudenken. Die Leser von Beiträgen, etwa auf NDR.de, können durch sie ihre Ansichten äußern und direkt miteinander diskutieren. Doch immer wieder werden diese Foren auch für Anfeindungen und Beleidigungen missbraucht. Meist handelt es sich dabei um vereinzelt Kommentare. Doch manchmal organisieren sich auch Gruppen von Kommentatoren und nehmen ganze Foren für sich ein. Seit einiger Zeit zum Beispiel mit scharfen Angriffen gegen Feministinnen. Unter Artikeln, die sich mit Verhältnis mit Familienpolitik, Quotenregelungen oder anderen Geschlechterfragen beschäftigen, herrscht schnell ein hasserfüllter Kommentar-Tonfall.

[„Brauchen wir Feminismus?“](#) – mit dieser Frage betitelte NDR.de einen seiner Online-Artikel Anfang des Monats. Darin wurde eine Gruppe von Frauenrechtlerinnen aus Hannover vorgestellt. Binnen kürzester Zeit fanden sich weit [mehr als einhundert Kommentare](#) auf der Seite.

„Wer braucht schon eine menschenverachtende Ideologie, die Männern ihre Männlichkeit austreiben will.“

„Vergewaltigung? Darauf hoffen doch viele von diesen

hässlichen Weibern vergeblich bis heute.“

„Frauen haben es schwerer? Unsinn, die werden überall gefördert.“

„Wie dem auch sei. Wir sind unterwegs. Dagegen ist nichts zu machen. Wir entreißen den Frauen und den Medien die Deutungshoheit. Das ist unser Geburtsrecht.“

Irgendwann kam die Redaktion von NDR.de nicht mehr hinterher, die Beiträge auf Verstöße gegen die Kommentarregeln zu kontrollieren. Sie sah sich schließlich gezwungen, das Forum ganz zu schließen, erläutert NDR Netzwelt-Experte Fiete Stegers: „Wir haben Richtlinien, welche Kommentare bei uns auf der Seite erscheinen dürfen und welche nicht. Ganz einfach: Strafrechtlich relevante Beiträge dürfen das nicht sein. Wenn jemand zu Gewalt aufruft, wenn jemand beleidigend wird gegen andere Personen. Es soll für alle eine fruchtbare Diskussion sein.“

Der Soziologe Hinrich Rosenbrock ist davon überzeugt, dass die ungewöhnlich hohe Anzahl grenzüberschreitender Kommentare kein Zufall war. Seiner Einschätzung nach hatte NDR.de Besuch von einer organisierten Gruppe von Antifeministen, die gezielt sogenannte Hate Speeches – zu deutsch Hass-Reden – gegen Frauen im Internet verbreiten. „Da wird zum Beispiel gegenseitig aufgerufen: ‚Hier gibt es einen Artikel zum Thema Geschlechterpolitik, kommentiert doch mal alle.‘ Dann ist es meistens so, dass einige Personen in diese Foren gehen und da ihre Meinung vertreten, aber auf eine Art und Weise, die andere Diskussionsteilnehmer ausschließt.“

Man kann sich geradezu bildlich vorstellen, wie der typische linke Gutmensch sich ausgeschlossen fühlt, wenn er irgendwo eine andere Meinung liest. Und das geht ja nun einmal gar nicht. Derartige „Hate Speeches“ müssen unter allen Umständen unterbunden werden. Weiter im Text:

Rosenbrock hat die Männerrechtsbewegung in Deutschland untersucht. Ihm zufolge handelt es sich bei ihnen um mehrere hundert Männer, die nach einem persönlichen Erlebnis extrem anti-feministische Haltungen angenommen haben – etwa nach einer Trennung. „Das ist ein Angriff auf ihre Männlichkeit. Um dem zu entgehen, gibt es dieses Konstrukt der männlichen Opferideologie, die sagt, alle Männer sind Opfer, und zwar in allen Lebenslagen, und Schuld daran ist der Feminismus“, erklärt Rosenbrock.

Wer gegen die Bevorzugung des schönen Geschlechts durch Frauenquoten ist, muss natürlich von seiner Alten sitzen gelassen worden sein. Klar, wie könnte es auch anders sein?

Nutzer mit anderen Ansichten werden Rosenbrock zufolge von den Antifeministen oft beschimpft und bedroht. Gleichzeitig versuchen sie mit ihrer Dominanz in Foren gezielt Einfluss auf die Berichterstattung von Journalisten zu nehmen, indem sie den Eindruck vermitteln, die Meinung der kompletten Leserschaft zu vertreten.

Noch ein schlimmer Skandal! Diese Nicht-Linken erdreisten sich auch noch, auf die politische Lage Einfluss nehmen zu wollen! Na, wo gibt es denn so was?

Feminismus-Kritiker wie Klaus Walter fühlen sich durch solche Vorwürfe ungerecht behandelt. Der Vorsitzende des Gleichberechtigungs-Vereins Agens meint, dass Männer in vielen Bereichen benachteiligt werden. Es sei sein gutes Recht, diese Meinung im Internet zu vertreten. Die Schließung ganzer Internet-Foren wegen einzelner Grenzüberschreitungen bedauert er: „Feminismus-Kritik muss erlaubt sein. Wenn andere diesen Dialog oder diesen Diskurs verweigern, ist das ausgesprochen schade. Das will nicht gehört werden. Das ist einfach vielleicht auch so was, was das Wohlfühl-Gefühl zerstört. Aber das ist nichts, was von uns aus käme. Wir möchten den Dialog, wir möchten die Auseinandersetzung.

Anders geht es nicht.“

Soziale Netzwerke wie Facebook haben auf das Problem jetzt reagiert. In einer Stellungnahme gibt das Unternehmen zu, dass seine Strategie gegen frauenfeindliche Hate-Speech-Einträge gescheitert sei. Derzeit entwickle man ein neues Filtersystem.

Man kann nur hoffen, dass Facebook nicht das „Filtersystem“ des NDR übernimmt...

» Kontakt: ndr@ndr.de

Bundespräsident Gauck fördert Bigamie



Bundespräsident

Gauck bringt mit einer Ehrenpatenschaft die besondere Verpflichtung des Staates für kinderreiche Familien zum Ausdruck. Seit 1949 wurden ca. 75.100 Patenschaften übernommen. Jetzt durfte sich der 24-jährige Sabedin Tatar über die damit verbundenen 500 Euro und einem Glückwunschsreiben des Staatsoberhauptes freuen. Und dies, obwohl der arbeitslose Kosovo-Albaner mit zwei Frauen

zusammenlebt.

[Die WAZ](#) berichtet:

„Ich habe zwei Frauen“, erklärt der 24-Jährige. Drei der Kinder hat er mit seiner Ehefrau Samanda (24), die anderen fünf mit seiner zweiten Frau Tatjana. „Wir leben hier alle zusammen“, erklärt er. „Die Kinder sagen zu beiden Müttern ‘Mama’.“ Rivalitäten gebe es da nicht. Ein Mann, zwei Frauen, acht Kinder – ein Familienkonzept, das, an europäischen Maßstäben gemessen, ungewöhnlich erscheint.

Der CDU Landtagsabgeordnete Oliver Wittke protestierte zumindest mittels eines [Briefes an Gauck](#):

Darin bittet er den Bundespräsidenten, die Übernahme von Ehrenpatenschaften in vergleichbaren Fällen „nochmal zu überprüfen“. In weiten Teilen der muslimischen wie der nicht-muslimischen Bevölkerung Deutschlands gebe es kein Verständnis für eine gleichzeitige Ehe mit zwei Frauen. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, als würde religiöses Recht über staatliches Recht gestellt. „Nach deutschem Recht ist Bigamie verboten“, erklärte Wittke.

Ein Sprecher der Stadt Gelsenkirchen erklärte, das Kriterium für die Beantragung der Ehrenpatenschaft sei erfüllt gewesen, weil alle Kinder der Familie vom gleichen Vater abstammten.

Dass die vom Steuerzahler finanzierte muslimische Vielweiberei in Deutschland kein Einzelfall ist, belegte im Mai eine [Dokumentation von RTL](#). In dieser wurde berichtet, dass z.B. in Berlin-Neukölln jeder dritte Mohammedaner mehrere Frauen haben soll.

Deutsche NSA-Schnüffler in Zürcher Banken

Wir sind gerade im Sommerloch, aber die Empörung im Land über die Überwachung durch die NSA wird weiter aufgebrutzelt. Drei Dutzend unbedeutende Schreiberlinge wenden sich in einem Offenen Brief an die Kanzlerin, die von einem IT-Phobiker geleitete FAZ [veröffentlicht ihn](#) pflichtschuldigst, und unser politikorrechter Bundespräsident [äußert Respekt für](#) Snowden und fürchtet um die Demokratie. Auch die tumben Piraten, die alles verschlafen haben, springen jetzt auf den NSA-Zug auf, einer hat gerade die Mutti angezeigt. Da hätten wir noch eine Frage!

Wer von diesen ganzen schizophrenen Heuchelfritzen hat sich eigentlich darüber aufgeregt, als in unseren Bundesländern von Ministern höchstpersönlich serienweise gestohlene Daten aus Schweizer Banken aufgekauft wurden, um den eigenen Bürgern noch mehr Geld abzuknöpfen? Wer von diesen armseligen Kritzlern hat sich über die gläsernen Konten im Inland jemals aufgeregt? Die Finanzämter schnüffeln online in zehntausenden Fällen jährlich auf den Bankkonten von uns Bürgern herum, ohne daß es der Betroffene erfährt.

Wer von dieser Mischpoke aus Presse, Politik und roten Krawallos hat auch nur ein einziges kritisches Wort über die EU-Pläne geäußert, innerhalb der EUdSSR den [gläsernen Steuerbürger](#) zu kreieren. Sie ahnen es: natürlich keiner! Wenn es um Steuern geht, ist Datenklau in der DDR 2.0 völlig legal und rundherum akzeptabel.



Amendt über grüne Pädophile wie Volker Beck



Es ist gerade einmal drei Jahre her, dass Volker Beck von den Grünen dem Südwestdeutschen Rundfunk (SWR) in Stuttgart mit dem Staatsanwalt drohte, weil ein Interview ausgestrahlt werden sollte, in dem es nicht nur um Gerold Beckers serielle Sexualverbrechen an Odenwaldschülern und den Minimalismus einer nur sexuell begründeten Identität ging, sondern ebenso um den Hinweis auf Becks rechtspolitisches Versprechen, Pädophile als die letzten Leidtragenden von Sexualrepression an den Segnungen der sexuellen Befreiung beteiligen zu wollen.

1988 war das mit dem Ruf identisch, das Schutzalter für Kinder herabzusetzen. Der § 218 zur Abtreibung war 1976 gefallen wie der § 175 zur Homosexualität, deshalb sollte auch der Schutz der Kinder fallen...

(Ein guter Artikel von Gerhard Amendt [mit weiteren Einzelheiten über die 68er Päderasten-Freunde und](#)

Kinderficker. So feierte der tiefrote Millionär Claus Peymann als Burgtheater-Intendant den abartigen „Künstler“ und Vergewaltiger Otto Mühl, als dieser aus dem Häfn kam, als Aufklärer!)

SPD kämpft für erleichterten Familiennachzug



Am 25. Juli 2013 tagte im linken „Anno Tubac“ in der Bonner Innenstadt die Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“. Die Diskussion wurde von Felix von Grünberg (SPD), u.a. Mitglied des Landtags NRW für Bonn und Beuel, und zwei SPD-Bundestagsabgeordneten, dem Bonner Ulrich Kelber sowie Aydan Özoguz aus Hamburg, bestritten. Etwa 30 Gäste füllten den kleinen Tagungsraum fast vollständig.

(Von Werner P., Bonn)

Aus dem [bereitgestellten Infomaterial](#):

Gemeinsam in der modernen Gesellschaft – herzlich willkommen, Vielfalt!

Vielfalt ist gut für unser Land. In einer modernen Gesellschaft gehören alle dazu. Jede und jeder wird gebraucht. Das gilt selbstverständlich auch für alle

Menschen, die aus allen Teilen der Welt nach Deutschland gekommen sind. Frauen, Männer, Familien – mit Wurzeln in anderen Ländern, die hier eine zweite Heimat gefunden haben. Gemeinsam können wir mehr erreichen, denn Menschen anderer Herkunft bereichern Deutschland: mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen, ihrer Kultur.

Das ist unsere Politik:

Die SPD wird die doppelte Staatsbürgerschaft einführen, denn wir wollen, dass niemand, der seine zweite Heimat in Deutschland gefunden hat, die eigenen Wurzeln kappen muss, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Alle Kinder, die in Deutschland geboren sind, sollen endlich deutsche Staatsbürger werden können. Sie sollen nicht weiter gezwungen werden, sich als Erwachsene zwischen Herkunft und neuer Heimat entscheiden zu müssen. Deshalb schaffen wir die Optionspflicht ab.

Wir werden den Familiennachzug erleichtern.

Ausländerbehörden werden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickelt.

Es stellt sich natürlich die Frage, warum Jugendliche, die wählen dürfen, nicht in der Lage sein sollen, sich für eine Nationalität zu entscheiden. Hier war von Härte und Druck die Rede. Beim Thema Islam versuchte Frau Özoguz zu deeskalieren. Nicht, indem sie sagte, dass Islam Frieden sei, sondern indem sie darauf hinwies, dass jetzt mehr Türken Deutschland verlassen als ins Land hineinkommen. Der Saldo sei mit minus 4000 im letzten Jahr negativ gewesen. Liegt das nicht im Promillebereich der in Deutschland lebenden türkischen Bevölkerung? Und wie steht es mit den Arabern? Dass das alles vollkommen irrelevant ist – der Geburtendschihad sorgt schon dafür -, kann man im sich rapide islamisierenden Bonn täglich staunend beobachten.

Außerdem wurde klargestellt, dass der Bundesrat derzeit eine rot-grüne Mehrheit hat. Sollte sich bei der Wahl eine solche Mehrheit auch im Bundestag durchsetzen, könnten alle vorgestellten Ziele schnell Gesetzeskraft erlangen.

Fazit: Am 22. September auf jeden Fall wählen gehen – aber bloß nicht SPD!

PRO KÖLN protestiert gegen autonomes Zentrum

✘ Seit Wochen verbarrikadieren sich linksextreme Hausbesetzer in der Wiersbergstraße in Köln-Kalk: Türen und Fenster werden zugemauert, Steinhäufen angelegt und sogar eine mannshohe Schleuder soll im Hof der ehemaligen KHD-Werkskantine bereit stehen. Besonders militante Kader aus ganz Deutschland verstärken inzwischen die linke Kölner Szene. Gespannt warten die genervten Anwohner darauf, dass sich nach Kündigung des Mietvertrags endlich was tut in Richtung Räumung! PRO KÖLN hat nun für Samstag (27.7.) eine Kundgebung angemeldet mit der [Forderung nach sofortiger Räumung des linksautonomen Zentrums](#), um die Dinge zu beschleunigen und politischen Gegendruck aufzubauen für mögliche Winkelzüge linker Seilschaften in etablierter Politik und Stadtverwaltung.

Polizei und Medien üben sich nach zwei spektakulären PRO-KÖLN-Demonstrationen gegen das AZ im Moment noch in Tiefstapelei. Besondere Vorkommnisse würden trotz angekündigter Gegendemo für Samstag nicht erwartet. Natürlich wäre es schön, wenn alles friedlich bleiben würde. Insider und Anwohner befürchten allerdings etwas anderes angesichts der angestauten Militanz und Aggressivität der linken Hausbesetzerszene. In jedem Fall

haben die Hausbesetzer harten Widerstand gegen eine Räumung angekündigt, die vielleicht schon bald erzwungen werden könnte.

Denn nach Bekanntwerden der aktuellen Demopläne machte die Meldung die Runde, dass angeblich eine letzte Frist für die freiwillige Räumung am kommenden Mittwoch auslaufen würde. Dann würde zuerst der Gerichtsvollzieher zur Entmietung anrücken, der wiederum die Polizei zur Hilfe holen kann. Es bleibt abzuwarten, ob Recht und Gesetz nun ihren Lauf nehmen werden in Kalk oder ob wieder in letzter Sekunde ein fauler Kompromiss mit Linksextremisten ausgehandelt wird. Der politische Druck durch öffentliche Demos von PRO KÖLN macht es zumindest schwerer, die Sache einfach still und heimlich einschlafen zu lassen.

» **PRO KÖLN Kundgebung am Samstag, 27. Juli, 11 Uhr an der Kalker Hauptstraße, Haltestelle Kalk Kapelle.**



**Fjordman: Das neue
Appeasement**



Wer hat wirklich den

Kalten Krieg gewonnen? Falls wir den Kampf gegen den Marxismus wahrlich und gründlich „gewonnen“ haben, warum hat dann die „siegreiche“ Supermacht, die USA, nur eine Generation später einen Präsidenten Obama, der kaum verhohlenen sozialistische Doktrinen und Praktiken verfehlt? Haben wir darin versagt, die marxistische Aggression und Infiltration vollkommen aufzudecken und zu konfrontieren, und hat dieses Versagen die westliche Welt heute verletzlich gegenüber islamischer Aggression und Infiltration gemacht?

(Von Fjordman, erschienen bei [Gates of Vienna](#) / Übersetzung: Klaus F.)

Die eloquente Autorin und Kolumnistin Diana West wirft einige dieser Fragen in ihrem neuen Buch „[American Betrayal: The Secret Assault on Our Nation's Character](#)“ („Amerikas Verrat: Der geheime Angriff auf den Charakter unserer Nation“). Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt dieses Jahres eine ausführlichere Besprechung dieses Buches machen. Im Moment bin ich gebunden mit der Fertigstellung meines eigenen kommenden Buches, „Witness to Madness“ („Zeuge des Wahnsinns“).

Wie Diana West feststellt: „[Seit der Auflösung](#) der Sowjetunion 1991 haben die Erkenntnisse, die die geheime sowjetische Penetration von Institutionen der USA bestätigen, unbequemerweise mit der alten Geschichte von der sowjetisch gesteuerten Desinformationskampagne koexistiert, die uns erzählte, die „[Rote Angst](#)“ wäre nur eine Phantasie der „[Red Baiter](#)“. Es ist dieser Konsens, der uns darauf konditioniert, z.B. Senator Joe McCarthy für die Untersuchungen des Senats

über die kommunistische Penetration zu ewigem Höllenfeuer zu verdammen, aber ein Warhol-Portrait des Vorsitzenden Mao als gerade richtig für den Kaminsims anzusehen. Egal, daß der kommunistische Diktator 30 bis 40 Millionen Menschen tötete. Derartige geistige Konditionierung mag unsere moralischen und logischen Denkprozesse durchbrochen haben. Aber sie ließ auch die Möglichkeiten weit offen für etliches an ernsthafter neuer Revision. Einst geheime Quellen – darunter das Mitrochin-Archiv, das Venona-Archiv, das Vassiliev-Archiv und freigegebene FBI-Dokumente – enthüllen die von Moskau gesteuerten Manöver einer strategisch platzierten Spionagearmee aus amerikanischen Verrätern, um sowjetische Interessen voranzubringen. Das war nicht ein einzelner Aldrich Ames oder fünf Cambridge-Spione. Hunderte von amerikanischen Verrätern operierten heimlich im öffentlichen Raum, viele davon betraten Regierungspositionen unter Roosevelt in den 1930ern.“

Dieses Thema wird auch kurz in dem Buch „[Marked for Death: Islam's War Against the West and Me](#)“ (dt. „Zum Abschluß freigegeben“, [konnte leider nicht erscheinen](#) – A.d.Ü.) des couragierten niederländischen Politikers Geert Wilders angerissen. Wladimir Bukowski, ein ehemaliger russischer Dissident unter der kommunistischen Diktatur der Sowjetunion, der Jahre als politischer Gefangener im Gulag verbracht hat, argumentiert, daß es eine Art „Nürnberger Prozeß“ nach dem Fall des Kommunismus hätte geben sollen, genauso wie er nach dem Fall des nationalen Sozialismus am Ende des Zweiten Weltkriegs stattgefunden hat.

Daraus, daß dies nicht geschah, schließt er, daß wir niemals wirklich den Kalten Krieg so entscheidend gewonnen haben wie wir es gekonnt und gesollt hätten. Der internationale Sozialismus in der Form des Kommunismus wurde nicht komplett bloßgestellt als das inhärent bösertige System, das er war. Als Folge davon haftet einem in der heutigen westlichen Welt ein wesentlich geringeres gesellschaftliches Stigma an, der

sich ein Kommunist oder Marxist nennt, als einem, der sich selbst als einen nationalen Sozialisten bezeichnet, obwohl alle beide mörderische, totalitäre Glaubenssysteme waren.

Wladimir Bukowski betont, daß sich ein derartiger Nürnberger Prozeß gegen den Kommunismus mehr darauf hätte konzentrieren sollen, das bössartige System und die Ideologie dahinter bloßzulegen und zu verurteilen, als bestimmte Individuen zu bestrafen. Wenn man all jene bestrafen wollte, die mit den repressiven kommunistischen Regimen kollaboriert haben, müßte man Millionen von Menschen ins Gefängnis sperren, und Bukowski möchte nicht den alten Gulag durch einen neuen ersetzen.

Zumal wir keine solche öffentliche Demarxifizierung hatten, die das vollständige Glaubenssystem ausführlich entblößt hätte, neigen viele Menschen dazu zu vergessen, wie bössartig das kommunistische System war. Vielmehr kamen viele derjenigen, die in westlichen Ländern mit diesem bössartigen totalitären System kollaborierten oder es verharmlosten, damit durch.

Bukowski glaubt persönlich, daß solch ein äußerst wichtiger „Nürnberger Prozeß“ gegen den Kommunismus deswegen niemals abgehalten wurde, weil er aufgedeckt hätte, „daß der Westen viel tiefer von den Sowjets infiltriert war, als wir jemals gedacht hätten, aber auch, daß es ideologische Kollaboration zwischen linken Parteien im Westen und der Sowjetunion gegeben hat.“ [Originalzitat: Wladimir Bukowski, „The Power of Memory and Acknowledgement“ („Die Macht von Erinnerung und Anerkennung“), Cato’s Letter 2, (Winter 2010), [The Cato Institute](#)]

Aufgrund dieser Unterlassung wurde der Haß auf die eigene Zivilisation niemals ausgerottet, der einem in Segmenten der westlichen Intelligenzija begegnet und der von Marxisten in der Heimat wie im Ausland kultiviert worden war, sondern konnte zu neuen Formen mutieren und mit anderen militanten Feinden derselben Zivilisation kollaborieren.

Ich kann sowohl positive als auch negative Aspekte bei Bukowskis Gedanken erkennen, die zu implementieren es sowieso zu spät sein dürfte. Aber es gibt eine Menge Beispiele, wo nicht nur dieselben Gruppen, sondern in manchen Fällen dieselben Individuen, die ein paar Jahrzehnte zuvor den Kommunismus verharmlost hatten, heute die Mächte des Islams verharmlosen.



Aus Skandinavien wäre ein prominenter derartiger Fall Thorbjørn Jagland [Foto l. mit Obama], der ehemalige Premierminister Norwegens, Präsident des Storting (Parlament), von der Arbeiterpartei. Es ist dokumentiert, daß er eine der vielen Figuren der politischen Linken war, [über die der KGB eine Akte besaß](#), weil er ihn als nützlichen Kontakt ansah.

Ich möchte betonen, daß ich niemals irgendeinen Beweis dafür gesehen habe, daß Jagland etwas offenkundig kriminelles durch seine Unterredungen mit KGB-Agenten getan hätte. Jedoch ist es ein fragwürdig unkluges Verhalten zu glauben, man könne irgendeine Form von „Dialog“ mit Leuten haben, die totalitäre Glaubenssysteme vertreten und die nur hier sind, um unsere Gesellschaften zu infiltrieren und unsere Freiheiten zu untergraben. Dieser Tage beweist er genau dieselbe Unklugheit in seiner Handlungsweise gegenüber gefährlichen islamischen Bewegungen und Ländern.

Jetzt ist [Jagland der Generalsekretär des Europarates](#). Der Europarat hat sehr freundliche Beziehungen mit internationalen islamischen Organisationen und hat den [Kampf gegen die sogenannte „Islamophobie“](#) in Europa als eine seiner Prioritäten benannt. Der Europarat hat auch eine offizielle

Kooperation mit der Europäischen Union zu vielen dieser Themen. Zufälligerweise wird die Europäische Kommission, die mächtige, ungewählte Regierung der EU, zur Zeit von einem ehemaligen Kommunisten, José Manuel Barroso aus Portugal angeführt.

Zusätzlich zum Europarat hat Jagland zur gleichen Zeit zufällig auch noch den Vorsitz des norwegischen Nobelpreiskomitees inne. Eine der drei Frauen, die sich den Friedensnobelpreis 2011 teilten, Tawakkol Karman aus Jemen, hat auch enge Verbindungen zur Moslem-Bruderschaft. Das norwegische Nobelpreiskomitee wußte davon und dachte, das ginge in Ordnung. [Jagland erzählte Reportern in Oslo](#), daß er mit der im Westen weitverbreiteten „Wahrnehmung“ der Bruderschaft als eine Bedrohung für die Demokratie nicht übereinstimme.

Genau derselbe Thorbjørn Jagland hat [über Jahre wiederholt vor den Gefahren der „Islamophobie“ gewarnt](#). Erst im Juli 2013 äußerte Jagland, er befürchte aufkommende Gewalt in Europa aufgrund zunehmender Xenophobie und „[krimineller Ansichten](#)“ der Menschen über Masseneinwanderung. Er blieb etwas nebulös darüber, ob der Besitz einer kritischen Haltung zum Islam zum heutigen Zeitpunkt kriminell ist, oder ob er morgen kriminalisiert werden sollte.

In beiden Fällen demonstriert er, daß er glaubt, es sei okay, einen „Dialog“ mit der Moslem-Bruderschaft nahestehenden Leuten zu haben, aber nicht mit Millionen von eingeborenen Europäern, die sich in ihren eigenen Ländern nicht mehr zuhause oder in den Straßen ihrer eigenen Städte nicht mehr sicher fühlen. Es ist ein besorgniserregendes Zeichen, daß Individuen wie Thorbjørn Jagland gehobene Positionen in westlichen Ländern innehaben. Unglücklicherweise gibt es da draußen noch viele weitere wie ihn.

Schwarze Kofferträger für Weiße ein No-Go



In Schwäbisch Gmünd

wird der Bahnhof samt Fahrstühlen umgebaut. Deshalb kam die Stadt auf die Idee, mit der Bahn zusammen freiwillige Asylanten zu einem Stundenlohn von 1,05 Euro als Gepäckträger anzuheuern. Es dauerte keine halbe Stunde, bis das typisch dummdenke, politkorrekte Geschrei losging. Hungerlohn, schwarze Sklaven, die für Weiße Gepäck tragen, Rassismus, absolut menschenunwürdig (siehe z.B. Kommentare [bei Spon](#)). Die Bahn stellte das Projekt sofort ein. Die Tatsachen sahen aber ganz anders aus.

1,05 Euro ist der gesetzliche Maximallohn für Asylanten nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz. Mehr ging legal gar nicht. Dazu wurde den Asylbewerbern eine schattenspendende Hütte hingebaut, in der Landesgartenschau in der Nähe wurden Toiletten und Getränke bereitgestellt. Und schließlich kriegt ein Gepäckträger ja auch Trinkgeld, und das kann bei mitleidigen Deutschen in einem solchen Fall erheblich sein. Mancher dürfte in der Stunde schnell über 20 Euro gekommen sein – steuerfrei.

Dementsprechend waren die Reaktionen. Die Asylanten sind

empört über [die Sklaverei-Vorwürfe](#). Auch der örtliche Asylverein ist sehr unzufrieden – und die schwarzen Ex-Gepäckträger sitzen nun wieder wie vorher gelangweilt und arbeitslos den ganzen Tag am selben Bahnhof rum und dürfen zuschauen, wie die von der Bahn angestellten neuen Gepäckträger zum gewerkschaftlichen Mindestlohn ihnen den Job geklaut haben. So ist das in Deutschland. Hauptsache grün polit-korrekt im Dienst der „Menschenrechte“ und gewerkschaftlich hirnlos tiefrot!

Halal-Expo Stuttgart 2014



Bitte Termin

vormerken! Im nächsten Jahr wird vom 25. bis 27. Mai in Stuttgart die erste Messe für Halal-Produkte stattfinden. *Der Markt für islamkonforme Produkte und Dienstleistungen boomt. Mit der HALAL EXPO STUTTGART findet in Deutschland erstmals eine Fachmesse zu diesem Wachstumsthema statt. Die neue Branchenplattform richtet sich an alle Akteure rund um die islamgemäße Herstellung von Produkten aus den Branchen Food & Beverage, Non-Food sowie an Unternehmen der Bereiche Technologie, Finanzen und Dienstleistungen. Zielgruppe sind Fachbesucher aus Groß- und Einzelhandel, Gastronomen, Caterer, Großverbraucher, Kaufhäuser, muslimische und deutsche Supermärkte, Produzenten, Importeure und Dienstleister. Soweit [die Vorabmeldung!](#)*

» info@messe-stuttgart.de



Prof. A. Dilger (AfD): „Es gibt immer Alternativen“



Mittwochabend im Bochumer Kolping-Haus: Auf einer Veranstaltung des Bochumer Kreisverbandes der Alternative für Deutschland (AfD) hält Prof. Dr. [Alexander Dilger](#), nordrhein-westfälischer Spitzenkandidat der AfD, einen Vortrag zum Thema „[Damit Europa nicht am Euro scheitert](#)“ und beantwortet Fragen der rund 60 Zuhörer. Ein lohnender Abend, denn Dilger offenbarte interessante Perspektiven zu Europa wie auch zu anderen Themen.

(Von Peter H., Mönchengladbach)

Entsprechend dem Thema seines Vortrages stellte Dilger schnell klar, dass die AfD eine Anti-Euro, aber keine Anti-Europa-Partei ist. Und er ließ keinerlei Zweifel daran, was darunter konkret zu verstehen ist: Dilger und die AfD wollen möglichst viele europäische Staaten in der EU, damit sich diese wieder

von einem Bundesstaat zu jenem Staatenbund entwickeln kann, der sie eigentlich sein sollte. Lediglich im Falle der Türkei verwies er nach Fragen aus dem Publikum darauf, dass die AfD Volksabstimmungen befürworte und ein möglicher EU-Beitritt der Türkei auch durch eine solche entschieden werden müsse. Seine Kernthese war: Europa könne als Staatenbund nur funktionieren, wenn jeder Staat eine selbstständige Politik betreiben kann. Und diese ist nicht mehr möglich, wenn der EURO die einzelnen Staaten ihrer Handlungsfähigkeit beraube.

Europa und der EURO waren natürlich die wichtigsten Themen an diesem Abend, aber es wurde auch über anderes gesprochen; der Wettbewerb gesetzlicher Krankenkassen war ebenso Gegenstand der Erörterungen wie – dank vieler Fragen aus dem Publikum – der Moschee-Bau und die Aktivitäten sowie Forderungen islamischer Gruppierungen, die sich nicht immer mit den Wertvorstellungen unseres Staates decken. Bei den beiden letzten Punkten hielt sich Dilger bedeckt, verwies aber darauf, dass die AfD Volksabstimmungen befürworte und dass das Grundgesetz auch gegenüber Muslimen zu gelten habe.

Spannend waren Dilgers Ausführungen zur Politik der „Alternativlosigkeit“, die uns die etablierten Parteien schon seit Jahren zumuten. In diesem Zusammenhang bekamen auch die Medien ihr Fett weg, denen er vorwarf, immer wieder für die Zukunft Deutschlands unwichtige Dinge hochzuspielen, aber über brisante und bedrohliche Entwicklungen nur unzureichend zu berichten. Dilger konnte mit präzisen Positionierungen zu allen Fragen darlegen, dass die Überwindung dieser „Alternativlosigkeit“ nicht nur notwendig, sondern auch machbar ist. Und jene Besucher, die keine Afd-Mitglieder sind und aus reiner Neugierde gekommen waren, konnten mit dem Eindruck nach Hause gehen, dass die AfD unbeeindruckt von unfairer Medien-Berichterstattung ihrem Namen mehr und mehr gerecht wird. In Fragen des EURO genauso wie bei anderen Themen.



FC Basel: Besser auf Salah verzichten?



Mohamed Salah, ägyptischer Fußballer in Diensten des FC Basel, hat den Medien seines Heimatlandes erzählt, er möchte auch dann nicht für Basel in Israel gegen Maccabi Tel Aviv spielen, wenn ihn das "seinen Vertrag kosten" würde ([PI berichtete](#)). Jetzt dürfte Salah eine Sorge weniger haben, denn Murat Yakin (Foto), türkischer Trainer des FC Basel, deutete an, [bei dieser Posse mitspielen zu wollen](#): „Wenn jemand im Kopf nicht frei ist, wäre es vielleicht besser, auf den Spieler zu verzichten. Wir haben genug Profis im Kader, die Salah ersetzen könnten“. Antisemitische Spielchen, die wir von muslimischen Fußballern in Deutschland im Vorfeld von Spielen gegen israelische Mannschaft zur Genüge kennen ([PI berichtete hier](#) und [hier](#)). (ph)